

Der am Freitag Morgen auf dem Heuboden des Rittergutes Raschau beschäftigte Schweizer hörte daselbst das Winseln eines menschlichen Wesens und fand im Grummet versteckt eine seit etwa 3 Wochen vermiste, im Gut bedienstete Magd in völlig entkräftetem Zustande vor. Dieselbe ist einer Veruntreuung verdächtig und hat sich aus Furcht vor der Strafe so lange verborgen gehalten. Die betreffende Magd, eine mehrfach vorbestrafte Person, ist dem Kgl. Amtsgerichtsgefängnis zugeführt worden.

In Görsdorf bei Grottau meldete sich ein Vagabund, der Bergarbeiter Hermann, bei der Gendarmerie und begehrte für den Winter eingesperrt zu werden. Da ihm dies Gesuch nicht gewährt wurde, erklärte er, seine Frau, von welcher er getrennt lebt, erschlagen zu wollen, damit er ein Unterkommen finde. Hierauf wurde der Mensch auf drei Tage dingfest gemacht.

Ronneburg. In Linda brannte am Mittwoch Abend das alleinstehende Gut des Gutsbesizers Mittenzwey vollständig nieder. Das Feuer, welches in der Scheune herauskam, verbreitete sich sehr rasch über die anderen Gebäude, daß an eine Rettung derselben nicht zu denken war. Mittenzwey, welcher nicht versichert hatte, erleidet durch diesen Brand einen empfindlichen Schaden.

Berlin, 10. Dez. Die „Voss. Ztg.“ berichtet: Der Abg. Hammacher, der heute wieder im Reichstage erschien und sich im Gespräch mit Abgeordneten aus verschiedenen Parteien über die im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier empfangenen Einbrüche aussprach, hält die Beilegung der Streitigkeiten zwischen Bergarbeitern und Grubenverwaltungen keineswegs für gesichert. Herr Hammacher glaubt, daß die Erregung in der Arbeiterschaft so tief und allgemein sei, daß der Ausbruch des Ausstandes kaum hintanzuhalten sein werde. Gleichfalls über die Stimmung unterrichtete Abgeordnete teilen die pessimistische Auffassung des Abg. Hammacher nicht, sondern halten sich auf Grund der ihnen vorliegenden Nachrichten überzeugt, daß der Eindruck der Reichstagsverhandlungen über den Ausstand den Arbeitern gezeigt habe, daß es doch eine Stelle gebe, wo sie ihren Beschwerden Ausdruck verschaffen können. Die Bergleute würden daher nur im äußersten Notfall zum Ausstand schreiten.

Berlin, 10. Dezember. Die „Kz.-Ztg.“ meldet aus Kassel: In dieser Nacht ist ein ungewöhnlich starker Schneefall erfolgt; der Schnee lagert sehr hoch im Stadtgebiet. Der Straßenverkehr ist erschwert, der Pferdebahn- und Dampfstrambahnverkehr sind bis auf Weiteres eingestellt; die Eisenbahnzüge erleiden Verspätungen.

Potsdam, 10. Dezember. Se. Majestät der Kaiser ist heute Morgen 9 Uhr 23 Minuten auf der Wildparkstation eingetroffen und hat sich direkt nach dem neuen Palais begeben.

Von ärztlicher Seite wird mitgeteilt, daß in den letzten Tagen in Berlin die Grippe massenhaft auftritt, allerdings in einer wesentlich leichteren Form als in St. Petersburg, wo die „Influenza“ die halbe Stadt auf das Krankenlager geworfen hat. Besonders zahlreiche Opfer hat der die Grippe hervorgerufene Witterungswechsel unter den Lehrern der Universität gefordert; nicht weniger als zehn Professoren, darunter acht von der medizinischen Fakultät, zeigen durch Anschlag am Schwarzen Brett an, daß sie wegen Erkrankung ihre Vorlesungen aussetzen gezwungen seien. Besonders schwerer Art scheint die Erkrankung des Prof. v. Bergmann zu sein; die „Nat.-Ztg.“ hört, derselbe sei an einer Lungenentzündung erkrankt.

Aus dem ober-schlesischen Kohlenreviere ist eine erfreuliche Mitteilung zu verzeichnen. Eine nahezu durchgehende Erhöhung des bergmännischen Lohnes um 15 bis 30 Pfennig für die Schicht hat dort stattgefunden. Der Wunsch der Kohlenbergleute, die zwölfstündige Arbeitsschicht auf eine zehnstündige herabzumindern, ist dagegen nicht erfüllt worden. Gleichwohl herrscht jetzt zwischen den Arbeitern und ihren Vorgesetzten das beste Einvernehmen; die humane Behandlung der Arbeiter dürfte viel dazu beigetragen haben.

Die Petitionskommission des Reichstages hat den von der oberbayerischen Handels- und Gewerbelammer gestellten Antrag, die Konkursordnung in der Richtung abzuändern, daß an Stelle der Zahlungsunfähigkeit die Ueberschuldung in Zukunft den Konkursgrund bilden sollte, in Uebereinstimmung mit den Erklärungen des Vertreters des Reichs-Justizamtes durch Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt. Hiermit dürfte die seit einiger Zeit in Handelskreisen vielfach erörterte Frage wenigstens vorläufig ihre Erledigung gefunden haben.

Dortmund, 10. Dez. Der im Monat Juni auf der Feste „Kaiserstuhl“ entlassene Bergmann Schröder wurde bei seiner heutigen Anmeldung um Wiederaufnahme ab morgen wieder eingestellt. Die Aufnahme dieses Streikführers durch die Feste „Kaiserstuhl“ wird überall als ein Zeichen der Wiederkehr des Friedens aufgefaßt.

Schwerin, 9. Dezember. Im Befinden des Großherzogs ist eine Wendung zum Schlimmeren

eingetreten. Die neuesten Meldungen bezeichnen den Zustand des hohen Patienten als Besorgnis erregend.

Bremen, 10. Dez. Das Bremer Schiff „Matador“, welches bereits als verloren betrachtet wurde, ist nach Verlust der Segel in Balparaiso angekommen; die Ladung ist verdorben, 150 Tonnen Kohlen sind über Bord geworfen worden.

Danzig, 10. Dez. Von einer influenzartigen Krankheit, die in Fieber mit Durchfall besteht, sind zahlreiche Personen seit einigen Tagen ergriffen; heute hat eine Zunahme stattgefunden.

Wien. Neuerdings bereiten die Junggehen eine lebhaftere Aktion gegen den Prinzen Schwarzenberg vor, indem, wie die „Karodny Listy“ melden, eine Fälschung des stenographischen Landtagsprotokollens vorgekommen sei. Der Prinz habe gesagt: „Unter den Husiten gab es wenig ehrenhafte Männer, es war eine Bande von Räubern und Brandstiftern“; im Landtagsprotokolle steht aber: „Unter den Husiten waren zu Beginn der Bewegung viele ehrenwerte Charaktere, aber die Husiten änderten sich leider bald in eine Bande von Räubern und Brandstiftern.“ Sache des Landtages werde es sein, zu untersuchen, wie diese Korrektur ins Landtagsprotokoll gekommen ist.

Paris, 10. Dezember. Die Epidemie im Louvre Magazin nimmt immer größere Ausdehnung an; der Polizeipräsident hat eine ärztliche Untersuchung angeordnet. Mehrere mit der Beobachtung der Epidemie beschäftigte Journalisten sind ebenfalls erkrankt; eine ähnliche Krankheit scheint im Centralpostbureau ausgebrochen zu sein. Die Symptome sind heftiger Kopfschmerz, Gliederzittern, Schwindel, vollständiges Versagen der Beine und heftiges Fieber.

Paris, 9. Dezbr. Das Louvre-Magazin ist wegen der unter den Angestellten ausgebrochenen epidemischen Krankheit auffallend spärlich besucht.

London, 10. Dezember. Nach einer Mitteilung des „Reuterschen Bureau“ aus Zanzibar vom gestrigen Tage meldet Dr. Parkers einige Besserung in dem Befinden Emin Pischas.

Petersburg, 10. Dez. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht einen kaiserlichen Ukas, nach welchem der dem Ministerium des kaiserlichen Hofes zugeteilte Hofmeister und wirkliche Staatsrat August v. Dettungen seines Dienstes allergnädigst entlassen ist.

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 10. Dezbr.

Der Reichstag setzt die Etatsberatung beim Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung fort.

Dr. Baumbach (frei.): Der Postetat schließe ja finanziell sehr günstig ab, aber die Post solle nicht in erster Linie eine Einnahme-Anstalt sein. In der That gestalte sich das Porto mehr zu einer Stempelabgabe. Jeder Versuch, bei der Post mehr den wirtschaftlichen Gesichtspunkt in den Vordergrund zu stellen, stoße auf Widerstand. Er beantragt: Eine Abänderung des Postportotaxi für Deutschland und Oesterreich-Ungarn noch der Richtung hin herbeizuführen, daß 1) an Stelle des gegenwärtigen Reistgewichts von 15 Gr. für den einfachen gewöhnlichen Brief ein höheres Reistgewicht unter Beibehaltung des Portofages von 10 Pfg. zugelassen, 2) für Drucksachen im Gewicht von 50 bis 100 Gramm eine Gebühr von 5 Pfg. festgesetzt werde. Es werde behauptet, durch die beantragten Ermäßigungen entstehe ein Einnahmeausfall von 300,000 Mark. Wäre das wirklich der Fall, so dürfe das bei einer Verkehrsanstalt, die mit einem Einnahmeüberschuß von 26 Millionen abschließt, nicht maßgebend sein. Aber dieser Ausfall würde gar nicht entstehen, denn Verkehrsvereinfachungen heben den Verkehr. Sehr wünschenswert wäre eine einheitliche Briefmarke für das ganze Reich; das ließe sich ohne Verletzung des Reservatrechts Bayerns und Württembergs machen. Hoffentlich werde in Zukunft auch eine einheitliche Weltpostmarke kommen.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Das Reservatrecht sei verfassungsmäßig und müsse daher streng beobachtet werden. Die Initiative zu der gewünschten einheitlichen Marke müßte den beiden in Frage kommenden Staaten überlassen werden. Mit den Anträgen Baumbachs könne er sich befreunden, wenn er nur der Leiter des Post- und Telegraphenwesens wäre und wenn die Post-Verwaltung gewissermaßen als Einzelwesen, ohne jeden Zusammenhang mit allen übrigen Zweigen des Staatswesens bestünde. Letzteres sei aber undenkbar, die Post entspreche den Verkehrsinteressen im weitesten Maße. Das Porto für den überseeischen Verkehr sei noch unlängst vielfach ermäßigt, das Bestelgeld für Landpostboten herabgesetzt worden; die Telegraphengebühr sei herabgesetzt und die Post habe eine Reihe neuer Aufgaben übernommen. Der Antrag Baumbach auf Herabsetzung des Reistgewichts der einfachen Briefe von 15 auf 20 Gramm würde einen Einnahmeausfall von 2,187,000 Mark, der Antrag auf Ermäßigung des Drucksachenportos einen solchen von 300,000 Mark, die gesamten aus dem Hause zum Postetat gestellten Anträge einen solchen von über 9 1/2 Millionen zur Folge haben. (Richter: Sehr wenig!).

Kalle (n.-l.) befragt den Antrag Baumbach, dessen Notwendigkeit in der Bevölkerung allgemein erkannt werde. Der Verkehr von Drucksachen über 50 Gramm habe bedeutend zugenommen.

Staatssekretär Dr. v. Stephan entgegnet, gerade weil der Verkehr zugenommen habe, bestehe kein Grund, das Porto zu ermäßigen.

Schrader (frei.): Die in der letzten Zeit geschaffenen Verkehrsvereinfachungen seien nur dem internationalen Verkehr und den kleinen Orten zu Gute gekommen, während für den Verkehr zwischen den größeren Städten nichts geschehen sei.

Woermann (n.-l.) hält eine Ermäßigung des Portofages für Drucksachen für kein so dringendes Bedürfnis, dagegen sei das Vorhandensein besonderer württembergischer und bayerischer Briefmarken eine Anomalie, die bei einigem guten Willen beseitigt werden könne. Auch die Einführung einer einheitlichen Zeitrechnung könne der Staatssekretär im Reichspostamt in die Hand nehmen.

Bayerischer Bundesbevollm. Graf Verchenfeld: Die bayerische Regierung habe keinen Anteil an den Reichseinnahmen aus der Post-Verwaltung. Ohne den Verkauf besonderer Briefmarken würde Bayern keine Einnahmen erzielen können. Es sei daher eine Aenderung des Verhältnisses nicht durchführbar.

Dr. Hartmann (konf.): So unbedeutend sei der finanzielle Ausfall infolge der Anträge nicht. Man müsse denselben wohl ins Auge fassen. Ein zu billiges Porto sei auch nicht nötig, man würde sonst zu sehr mit Drucksachen überschwemmt.

Dr. Fürkin wünscht ebenfalls Beseitigung der Verkehrsbeschränkungen, die sich aus dem Reservatrecht ergeben. Ebenso wie die Frage der Helmschieber in Bayern durch die Intervention der bayerischen Krone gelöst sei, so werde vielleicht auch die Briefmarkenfrage gelöst werden, ohne daß dadurch die Reservatrechte berührt werden.

Stumm (Reichsp.) ist bezüglich der Einheitszeit mit Woermann nicht einverstanden. Die billigen Drucksachen überschwemmen das Land und wirken für viele kleine Gewerbetreibende nachteilig. Das Porto solle eher höher, als billiger gestellt werden.

Schulz-Lapitz (Reichsp.) befragt die Abschaffung des Straßportos.

Schrader (frei.): So unerhört sei es nicht, wenn Bayern auf seine Reservatrechte in der Postmarkenfrage verzichte, habe es ja doch auch bezüglich der Branntweinsteuer sein Reservatrecht aufgegeben. Der Antrag Baumbach wird hierauf abgelehnt.

Weim Titell. „Telegraphistinnen“ bemerkt der Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer, daß es nicht bräutigam sei, im Fernsprechverkehr im allgemeinen männliche Personen durch weibliche zu ersetzen. Versuchsweise seien in Berlin zehn junge Damen im Fernsprechdienst angestellt worden, weil man bemerkt hat, daß die höheren Stimmklappen für den Fernsprechverkehr besser vernehmlich sind, als die tieferen Stimmen. Es sollten nur Erfahrungen gesammelt werden. Von Massen-Entlassungen könne umgewisser die Rede sein, als fortwährend neue Beamte gebraucht würden. Der Titel wird hierauf bewilligt.

Singer (Soz.) beantragt, den Minimalgehalt der Postunterbeamten von 800 auf 850 und den Durchschnittsgehalt der Landbriefträger von 650 auf 700 Mk. zu erhöhen.

Richter befragt, den Reichskanzler um Ermäßigung zu ersuchen, ob nicht der Wohnungsgeld-Zuschuß der unteren Beamten den Teuerungsvhältnissen entsprechend zu erhöhen sei.

v. Dö (Reichsp.) beantragt, der Reichskanzler solle erwägen, ob sich nicht eine Gehaltsverhöhung für die unteren Beamten empfehle. Nach Begründung der Anträge seitens der Antragsteller wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

### Ständesamtliche Nachrichten

für Lichtstein im Monat November 1889.  
Geburten: (14) Nr. 229 Elsa, T. d. Webers Friedrich Paul Schönsfeld, 230 Martha Vertha, T. d. Strumpfwirbers Korst Friedrich Bergmann, 231 Max Wills, S. d. Bergarbeiters August Louis Schmidt, 232 1 S. d. Schumann Friedrich Hermann Ambos, 233 Helene Klara, T. d. Webergehilfin Minna Klara Jenu, 234 Emil Paul, S. d. Bergarbeiters Edwin Hermann Wagner, 235 Ida Rosa, T. d. Bergflempers Karl Bruno Berger, 236 Martha Selma, T. d. Bergarbeiters Gustav Adolf Meißner, 237 und 238 Bernhard Karl und Elsa Minna, Zwillingpaar des Webers Karl Bernhard Naumann, 239 Johannes Gotthard, S. d. Cementarbeiter Emil Max Glänzel, 240 Frieda Elsa, T. d. Strumpfw. Ernst Hermann Martin, 241 Milda Frieda, T. d. Strumpfw. Friedrich Gustav Listner, 242 Rosa Hedwig, T. d. Strumpfw. Wilhelm Hermann Müller.

Aufgebote: (7) Nr. 85 der Gutmacher Emil Richter hier mit der Wirtschaftsgelhilfin Marie Klara Dietrich in Mülten St. Nicola, 86 der Bergarbeiter Karl Robert Köhler in Hohndorf mit der Fabrikarbeiterin Auguste Minna Bogel hier, 87 der Webergehilfen Hermann Paul Ebert hier mit der Fabrikarbeiterin Anna Lärk in Gallenberg, 88 der Schieferdecker Heinrich Ernst Hermann Dittmar mit der Wirtschaftsgelhilfin Ida Marie Sellmann, beide hier, 89 der Webermeister Karl Friedrich Hermann Otto mit der Leichenfrau Wilhelmine verw. Hättenrauch, beide in Gallenberg, 90 der Schneider Franz Oswald Krefner in Benig mit Marie Luise Bedert hier, 91 der Schlosser Karl Eduard Paul Frenzel mit der Schneiderin Johanne Martha Richter, beide hier.

Geschließungen: (7) Nr. 51 der Webermeister Friedrich August Wathes mit der Spulerin Ernestine Pauline verw. Hochmuth, beide hier, 52 der Tischler Anton Künzel mit der Fabrikarbeiterin Emma Laug, beide hier, 53 der Klempner Friedrich Hermann Kirschner in Köhndorf mit der Fabrikarbeiterin Henriette Elisabeth Weiskner hier, 54 der Schuhmacher Johannes Paul Rudelt mit der